

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Allstr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüzingrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 94.

Dienstag, den 26. April

1910.

Da in diesem Jahre erstmalig mit der Durchführung des vom königlichen Finanzministerium genehmigten Bepflanzungsplans auf den Straßen begonnen wird, nimmt die königliche Amtshauptmannschaft Gelegenheit, die jungen Bäume dem Schutze des Publikums angelegentlich zu empfehlen.

Dabei macht sie darauf aufmerksam, daß nach § 303 des Reichsstrafgesetzbuchs jede Beschädigung fremden Eigentums auf Antrag mit hoher Geldstrafe oder mit Gefängnis, die Beschädigung von Bäumen an öffentlichen Straßen aber nach § 304 dieses Gesetzes ohne einen solchen Antrag mit Gefängnis oder mit hoher Geldstrafe geahndet wird.

Auch das Entwenden von fremdem Obst in geringer Menge oder von unbedeutendem Werte wird nach § 370 des Reichsstraf-Gesetzbuchs als Übertretung auf Antrag bestraft. Eltern und Erzieher werden gebeten, dies den Kindern eindringlichst einzuschärfen und sie vor Beschädigung der Straßenbäume und vor Entwendung zu warnen.

Schwarzberg, den 20. April 1910.

543 D.

Königliche Amtshauptmannschaft.

B.

Aufgebot.

Das königliche Amtsgericht Eibenstock erläßt auf Antrag des Feuermanns Ernst Hermann Friedrich in Aue zum Zwecke der Todeserklärung des am 22. Mai 1834 zu Wildenthal geborenen und dort zuletzt wohnhaft gewesenem Schuhmachers **Wilhelm Hermann Friedrich**, der spätestens seit dem Jahre 1878 verschollen ist, dieses Aufgebot.

Als Aufgebotstermin wird der **19. November 1910, vormittags 11 Uhr** bestimmt.

Es ergeht die Aufforderung

1. an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
2. an Alle, die über Leben und Tod des Verschollenen Auskunft zu erteilen vermögen, spätestens im Aufgebotstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Eibenstock, den 22. April 1910.

Königliches Amtsgericht.

Nr. 110 des Nachtrages zur Schankstättenverbotsliste ist zu streichen. Stadtrat Eibenstock.

Diejenigen, welche für das Jahr 1910 **Bescholzeichen** wünschen, haben Gesuche bis längstens zum 30. dieses Monats hier anzubringen.

Carlsfeld, den 23. April 1910.

Der Gemeindevorstand.

Bauernseind.

Neuer Boxeraufstand.

Aus dem fernen Osten kommen wieder höchst beunruhigende Nachrichten, welche darauf hinweisen, daß in China in der Provinz Hunan bedeutliche Unruhen ausgebrochen sind, welche sich in der Hauptsache gegen die Fremden richten. Schon vor einiger Zeit war die Kunde gekommen, daß in der Hauptstadt der Provinz, in Tschangsha, eine Rebellion ausgebrochen sei, wobei sich die Wut des Pöbels in der Hauptsache gegen die Missionen gewandt habe, deren Insassen flüchteten. Verschiedene Gebäude wurden in Brand gesteckt, und auch Personen sollten getötet sein. Diese Nachricht wurde aber später wieder abgeschwächt, vor allem wurde der fremdenfeindliche Charakter derselben bestritten und behauptet, es handele sich um Exzesse infolge Hungersnot, und die Ausschreitungen seien nicht gegen die Fremden, sondern gegen den Gouverneur gerichtet gewesen, weil dieser nicht genügend Reis habe verteilen lassen. Ebenso hieß es, daß die Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen sei durch die Ankündigung von dem Eintreffen des Halleyschen Kometen. Das letztere mag richtig sein, andererseits verläutet wohl zutreffend, daß das Raufen des Kometen von gewissenlosen Agitatoren dazu benutzt wird, auf die abergläubige Bevölkerung einzuwirken und ihr einzureden, daß alles Unheil, das zu erwarten sei, auf das Konto der Fremden zu setzen wäre. Diese Agitation ist denn auch nicht ohne Erfolg geblieben, wie denn zweifellos die jüngst gemeldeten Ausschreitungen gleichfalls dem Fremdenhaß zuzuschreiben sind. Die neueren Meldungen, die an amtlichen Stellen eingetroffen sind, sind zwar noch zum Teil unklar und widersprechend, gleichwohl aber geht daraus hervor, daß die Lage in Hunan kritisch ist. Frauen und Kinder flüchten aus Tschangsha, und eine Anzahl Dörfer ist eingekesselt worden. Weiter wird gemeldet, daß überall Plakate angeschlagen sind mit Drohungen, die Ausländer zu töten. 3000 Soldaten sind zwar dahin gesandt worden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, ob diese aber etwas ausrichten, und im Grunde genommen nicht mit ihren Landsleuten gemeinsame Sache machen werden, läßt sich nicht voraussagen. Bezeichnend ist es, daß auch eine technische Schule in Brand gesteckt worden ist, ein Zeichen dafür, daß sich die ganze Bewegung nicht gegen die Fremden, sondern gegen die jetzt schuldern auftauchenden Reformbemühungen der Regierung richtet. Dieses zeigt deutlich, wohin die Fahrt gehen solle. Vorläufig beschränkt sich die Rebellion nur auf die Provinz Hunan, wer bürgt aber dafür, daß sie nicht schließlich auch auf andere Gegenden übergreifen wird, wenn dorthin die Kunde von den Ereignissen kommt. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Verhältnisse in China augenblicklich wieder höchst trostlose sind. Wieberum ist es der Kampf zwischen den beiden Parteien, der reformfreundlichen und der fremdenfeindlichen, welche miteinander ringen und die nächst in letzter Linie am Hofe zu Peking Mienen und Kontinuen legen. Einige Ansätze zu Reformen sind ja gemacht worden, und namentlich auf militärischem und maritimem Gebiete sucht die Mchtheit der Prinzen Belehrung von Europa zu erhalten, aber dem jetzigen Regenten scheint doch keine allzu große Autorität inne zu wohnen. Die alte Kaiserin-Regentin

war eine energische Persönlichkeit, die es verstand, ihren Willen durchzusetzen, und das, was sie einmal für gut erkannt hatte, auch durchzuführen wußte. Gerade in den letzten Jahren ihrer Regierung hatte sie sich den Reformbestrebungen sympathischer gegenübergestellt, während ihr Nachfolger hin und her zu schwanken scheint. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß es über kurz oder lang wieder zu ähnlichen Ereignissen in China kommt, wie seiner Zeit, als die große Boxerbewegung ausgebrochen war.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die innerpolitische Lage kann dem Reichskanzler nicht so kritisch erscheinen, wie sie vielfach dargestellt wird; sonst hätte er nicht als Gast des Fürsten zu Hohenlohe an der Auerhahn-Balz im Schwarza-Tal teilgenommen. Mit dem Reichstage hat's keine Schwierigkeiten. Die deutsche Volksvertretung wird vor ihrer Vertagung noch die jetzigen Gelegenheitsarbeiten erledigen, auf deren Beabsichtigung die Regierung beförderlichen Wert legt. Dahin gehört namentlich auch der Entwurf über die Reichswertzuwachssteuer um der zuständigen Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs genügend Raum zu schaffen, beginnen die Plenarberatungen erst nachmittags 2 Uhr und dehnen sich dafür entsprechend länger in den Abend aus. Die ursprünglich für den 4. Mai in Aussicht genommene Vertagung wird eine Woche später, etwa am 11. des Bonnemontats, stattfinden.

Zur Richtigmstellung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erwähnt, daß bei der ersten Lesung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung der Staatssekretär des Innern durch seine Erklärungen außerstand gesetzt war, diese hochbedeutende Vorlage mit einleitender Betrachtung einzubringen und deren Beratung ferner beizuwohnen und schreibt: Wenn diese bedauerliche Tatsache im Reichstag und in der Presse Anlaß gegeben hat zu kritischen Bemerkungen über das Fernbleiben des Reichskanzlers, so erscheint diese Bemängelung nicht berechtigt, da bis zu Beginn der Verhandlung nicht nur der Staatssekretär des Innern, Staatsminister Delbrück, selbst mit Bestimmtheit darauf rechnete, die Vorlage persönlich vertreten zu können, sondern auch für andere Stellen diese Disposition feststand. Aus dem Fernbleiben des Reichskanzlers auf ein geringes Interesse an dieser Vorlage, sowie an sozialpolitischen Problemen überhaupt schließen zu wollen, wäre eine Auffassung, die seiner ganzen Vergangenheit widersprechen würde und jeder Begründung entbehre.

Zum Andenken an die erste Luftschiff-Parade wird auf Wunsch des Kaisers ein Gedenkstein errichtet werden. An die Offiziere der Luftflotte wurden zahlreiche Auszeichnungen verliehen. Das kleinste der Luftschiffe, der „R. II“, wurde demonstriert und per Bahn nach Köln zurückgeschickt. Es geschah das für den Fall, daß stürmisches Wetter auftreten könnte, das dem selbst vor Anker liegenden Fahrzeug gefährlich geworden wäre.

Bewaffnungsfragen der deutschen berechneten Truppen. Die kurzen Seitengewehre,

die von unserer Infanterie in den Jahren 1889 und 1890 vorübergehend geführt worden sind u. nachher nur während der Unruhen in Südwestafrika zeitweise Verwendung fanden, sollen — wie die „Milit.-pol. Korrespondenz.“ hört — jetzt erneut und gleichzeitig mit der grauen Felduniform an die Kavallerie ausgegeben werden, wodurch diese Truppe eine brauchbare Waffe für den Nahkampf zu Fuß an Stelle des unhandlichen Säbels erhält. Der Säbel kommt wahrscheinlich ganz in Wegfall. Bezüglich der alten Karabiner Mod. 88, die noch durchaus kriegsbrauchbar sind, hat sich herausgestellt, daß die verfügbare Zahl nicht zur vollständigen Umbewaffnung der gesamten Feldartillerie im mobilen Zustand ausreicht. Der Karabiner dürfte deshalb für die Jahrer voraussichtlich nicht zur Einführung kommen, sondern man wird ihnen die Mehrladepistole geben.

Ein Protest der Marine um Torpedobootsunglück vor Saguij. Die Veröffentlichungen eines Geraer Heizers vom Torpedoboot „S 122“, das bekanntlich bei dem Torpedobootsunglück vor Saguij von dem Kreuzer „München“ gerammt wurde, haben der Marineverwaltung Anlaß zu einer Gegenveröffentlichung in den „Neuesten Nachrichten“ gegeben. In diesem aufsehenerregenden Briefe schreibt der Heizer u. a., daß auf die Notsignale hin die anderen Torpedoboote in die Nähe kamen, sich aber nicht heranwagten, da sie eine Seifelexplosion befürchteten. Der Briefschreiber bemängelt ferner, daß die Mutter der „München“ nicht die Mannschaft von „S. 122“ gerettet, sondern nur die Schiffsfasse und Papiere übernommen haben. Dagegen heißt es in den „Neuesten Nachrichten“: Wir stellen fest, das „V 160“ und „S 122“ nach der Katastrophe mit Blüheschnelle längs des geramten Torpedoboots kamen, Stahltrößen unter das Boot zogen und es dadurch vor dem Beglücken bewahrten. Dieses ohne Rücksicht auf Explosionsgefahr glückliche ausgeführte Manöver machte die Uebernahme der Besatzung von „S 122“ durch die Mutter der „München“ überflüssig, weil für die Leute keine Gefahr mehr bestand. Die von dem Briefschreiber erhobenen Vorwürfe, die infolge ihrer Veröffentlichung geeignet sind, das Ansehen der Marine in den Augen kritischer Leser herabzusetzen, sind aber völlig haltlos und um so bedauerlicher, als gerade in der Marine jeder, Vorgesetzter wie Untergebener, stets bereit ist, sein Leben für die Rettung des Kameraden zu wagen.

Protest gegen die Wahl Kochans. Gegen die Wahl des Abgeordneten Kochan (nalk.) ist von Seiten des Wahlausschusses der Konservativen in Lyd Protest eingelegt worden.

Frankreich.

Bestimmung gegen Rußland. Bekanntlich zieht Rußland von der deutschen Grenze ein Armeekorps zurück und verlegt es in das Innere des Landes, schwächt also damit seine militärische Stellung gegen Deutschland. Hierin hat man nun eine Verletzung der zwischen Rußland und Frankreich getroffenen militärischen Abmachungen erblickt, und in diesem Sinne haben sich auch verschiedene Pariser Blätter damit beschäftigt. An maßgebender Stelle erklärt man allerdings, der erwähnten Verfügung Rußlands keine besondere Bedeutung beimessen zu können, allein